Nach dem Kongress der "Force Ouvrière"

Autor(en): **Schaerf, Jacques**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes**

Band (Jahr): **48 (1956)**

Heft 12

PDF erstellt am: **20.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-353774

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Die kommunistische Leitung der CGT, an deren Spitze der geschmeidige Benoit Frachon steht – gleichzeitig Mitglied des Politbüros der KPF – manöverierte nach den Mißerfolgen, die klar herausstellten, daß die Massen der Leitung zu entgleiten drohen, mit dem Mut der Verzweiflung, um eine offene Spaltung zu verhindern. In einer Erklärung vom 14. November gab sie bekannnt, daß der Gewerkschaftsbund keine Stellung zu der Ungarnfrage nehmen könne, es den angeschlossenen Verbänden jedoch freilasse, sich zu äußern. Es wurde herausgestellt, daß sich der Gewerkschaftsbund aus der Politik heraushalte (und dies nach dem politischen Streik vom Vortag!) und nur der Verbesserung des Lebensniveaus der Arbeiter dienen würde. Wenn man bedenkt, daß seit der Spaltung im Dezember 1947 alle Beschlüsse den Verbänden von der KP-Mehrheit des Vorstandes aufgezwungen wurden und den Minderheitlern sogar jede Redefreiheit verweigert wurde, läßt diese neue elastische Stellungnahme erkennen, daß die überwiegende Mehrheit der Organisationen und Mitglieder heute nicht gewillt sind, die kommunistische Stellungnahme zu decken, geschweige zu billigen. Ein anderes Element spricht weiter für die These der Zerrüttung der kommunistischen Stellung in der CGT. Die Leitung weigert sich hartnäckig, den Anträgen oppositioneller Elemente auf Einberufung eines Generalrats zu folgen, da ein solcher heute bei der gegenwärtigen Spannung zweifellos wenn nicht zu einer Spaltung, so doch zu einer empfindlichen Minderung des kommunistischen Einflusses führen würde. Eine Verschleppung läßt dem kommunistischen Apparat die Chance, die rebellierenden Gewerkschaften und Gewerkschafter wieder in die Hand zu nehmen. Ob diese Rechnung aufgehen wird, wird sich in den kommenden Wochen erweisen. Fest steht, daß die kommunistische CGT heute in eine Krise geraten ist, wie sie sie seit der Uebernahme der Schlüsselstellungen durch die Stalinisten noch nie kannte, und daß diese Krise für den weiteren Einfluß und das Bestehen der Gewerkschaft selbst tödlich sein kann.

Dr. J. Schaerf, Paris

Nach dem Kongreß der «Force Ouvrière»

Der 5. Kongreß der freien Gewerkschaftszentrale Frankreichs, Force ouvrière, der Ende Oktober in Paris stattfand, stand im Zeichen der historischen Ereignisse, die in Ungarn und Polen zu gleicher Zeit vorgingen. Ereignisse, die aufs glänzendste die Grundideen der demokratischen Gewerkschaftsbwegung und ihre unversöhnliche Gegnerschaft zur neuen staatskapitalistischen Unterdrückung im Herrschaftsbereich des Kremls bestätigen. Das soll nicht heißen, daß die Arbeit des Kongresses völlig beherrscht wurde von diesen Vorkommnissen, aber die Einstellung jedes Delegierten war von

ihnen entschieden beeinflußt, was von bestimmter Bedeutung war, da die kommunistische CGT erstmals seit langen Jahren das offene Auftreten einer Opposition kennt, die unter der Führung zweier langjähriger Mitläufer der KPF, *Le Brun* und *Rouzaud*, steht, die das monolithische Gefüge der CGT – Resultat einer systematischen Kolonisationsarbeit der französischen Stalinisten seit 1946 – aufbrechen will. Ein Artikel Le Bruns im CGT-Organ «Peuple», der die Wiederherstellung gewerkschaftlicher Demokratie und Maßnahmen gegen den parteipolitischen Mißbrauch der Gewerkschaften durch die KPF forderte als ersten Schritt auf dem Wege der Wiedervereinigung mit der Force ouvrière und eventuell dem linken Flügel der CFTC, hat gewaltiges Aufsehen in Arbeiterkreisen erregt. Der kommunistische Generalsekretär der CGT, Frachon, mußte in seiner Antwort den Tendenzen zu einer Wiedervereinigung der Gewerkschaften durch Anbiederungsversuche an die FO im Zeichen gemeinsamer Lohnaktionen wichtige Konzessionen machen, wenn auch nur formelle. Diese Anbiederung Frachons wurde vom Kongreß abgelehnt, wenn auch den Oppositionstendenzen Le Bruns im Zeichen einer Rückkehr zum freien Gewerkschaftsgedanken ein gewisses Verständnis entgegengebracht wurde.

Eine Reihe anderer Fragen politischer Natur wurden behandelt, wie die Einstellung zur Initiative einer Minderheit der FO, den starren *Apolitismus* der «Charte von Amiens» durch eine flexiblere Einstellung zu ersetzen und aus den freien Gewerkschaften den Kristallisationspunkt einer travaillistischen Konzentration von Gewerkschaften, Genossenschaften und den politischen Parteien der sozialen Demokratie zu machen. Wenn auch dieser Gedanke in letzter Zeit einige Fortschritte erzielte, so zeigte sich die überwältigende Mehrheit auch weiterhin den traditionellen Gedankengängen des französischen Syndikalismus treu. Eine andere Minderheit, vorwiegend aus Beamtengewerkschaften und nordafrikanischen Organisationen bestehend, bekundete, wie erwartet, eine kritische Einstellung zum Internationalen Bund Freier Gewerkschaften in Brüssel, deren wichtigste Vertreter in der Algerienfrage dem Standpunkt der nationalen Unabhängigkeitsbewegung – nach ihrer Meinung – zu freundlich gegenüberstehen.

Selbstverständlich tauchten in den Diskussionen um die *wirtschaftliche Lage* und die *Lohnforderungen* Tendenzen auf, die eine kritische Haltung zum Regierungsexperiment Guy Mollets erkennen ließen. Der Generalsekretär der FO, *Bothereau*, würdigte in einer Analyse der Sozialentwicklung der letzten zwei Jahre die großen Metallarbeiterstreiks in St. Nazaire und Nantes von 1955, die den Anstoß gaben zu bedeutenden Verbesserungen der Kollektivverträge, zur Aushandlung des Renault-Vertrages, der sich schnell für andere Industriebranchen und -betriebe zu einem Mustervertrag entwickeln sollte. Er stellte heraus die neuen Etappen der Sozialgesetzgebung,

wie die Verallgemeinerung des 3-Wochen-Urlaubs, die Herabsetzung der Lohnspannen in den einzelnen bestehenden Lohnzonen, die Gründung des Nationalen Solidaritätsfonds für die aus dem Arbeitsprozeß Ausgeschiedenen. Für letzteren forderte er eine Ausdehnung auf weitere Kreise und eine Erhöhung der Renten, um den Veteranen der Arbeit einen würdigen Lebensabend zu sichern. Bothereau wandte sich dagegen, daß die Arbeiterorganisationen auf Betriebsebene oft Abkommen unterzeichnen, die für einen zu langen Zeitraum gelten, da diese den Unternehmern ermöglichen, jede Lohnbewegung ohne große Kosten zu unterbinden.

Die *Wirtschaftsdebatte* stand im Zeichen des einsetzenden Arbeitskräftemangels, der Lohnforderungen und der Inflationsgefahren. In der Frage des Sozialplanes, den die Regierung vorbereitet, wurden eine Reihe Forderungen gestellt, so vor allem, den freien Gewerkschaften bei der Ausarbeitung und Verwirklichung dieses Planes eine entsprechende Rolle zuzuweisen. Wenn auch die FO für eine aktive Lohnpolitik eintritt, so wandten sich die Delegierten doch einstimmig gegen jede Zusammenarbeit mit der kommunistischen CGT im Rahmen sogenannter «Einheitsaktionen».

Zum *Algerienproblem* standen sich zwei Tendenzen gegenüber. Eine, die in den Grundzügen der Regierungspolitik zustimmte und die Mehrheit umfaßte, und eine zweite, bestehend aus der FO angehörenden Mitgliedern der SFIO und der anarcho-syndikalistischen Minderheit der FO, die sich weitgehend mit den Positionen, die der IBFG einnimmt, identifiziert. Interessant ist, daß die Gewerkschaftsdelegierten und führende Funktionäre der FO, wie *Le Bourre*, die in der Frage des apolitischen Charakters der Gewerkschaftsbewegung einen starren Standpunkt einnehmen, von der freien Gewerkschaftsbewegung eine energische Aktion gegen die faschistischen Quertreibereien der Poujadisten fordern.

Der 5. Gewerkschaftskongreß der Force ouvrière stand im Zeichen einer organisatorischen Konsolidierung und zeigte unzweifelhaft, daß die freie Gewerkschaftszentrale Frankreichs langsam zum Zentrum der wirtschaftlichen Verteidigung der französischen Arbeiterklasse wird. Dies um so mehr, als in den CGT-Mehrheitsgewerkschaften gerade jetzt Tendenzen wach werden, die von der kommunistischen Gewerkschaftskonzeption weg den Weg zurück suchen zu einer Erneuerung der Arbeiterdemokratie. *Dr. J. Schaerf, Paris*